### Gemeinde Wustermark

### NIEDERSCHRIFT über die Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Umwelt der Gemeinde Wustermark – 2./VII

am:

17.09.2019

Sitzungsort:

Rathaus der Gemeinde Wustermark, Konferenzraum, 3. OG, Hoppenrader

Allee 1, 14641 Wustermark

### Anwesend sind:

### Vorsitzender des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Umwelt

Herr Alexis Schwartz

### **Stellvertretender Vorsitz**

Herr Steven Werner

### Mitglieder des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Umwelt

Frau Ulrike Bommer Herr Oliver Kreuels Herr Roland Mende

in Vertretung für Herrn Stoll

Herr Fabian Streich

### Sachkundige Einwohner

Frau Dagmar Dominiak Herr Johannes Kuhn Frau Maria Zunke

### Schriftführer

Frau Stefanie Becker

### von der Gemeindeverwaltung

Herr Jens Kroischke Herr Uwe Schollän Herr Wolfgang Scholz

### Abwesend sind:

### Bürgermeister

Herr Holger Schreiber

Entschuldigt

### Mitglieder des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Umwelt

Herr Andreas Stoll

Entschuldigt

### Sachkundige Einwohner

Herr Dr. Harald Ackermann Frau Christina Hanschke Entschuldigt Entschuldigt

### - Öffentlicher Teil -

### 1.1 Begrüßung und Eröffnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18.47 Uhr und begrüßt die anwesenden Mitglieder sowie die Gäste.

### 1.2 Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Die von Frau Dominiak vorgebrachte Einwendung zur Niederschrift vom 23.07.2019 wird einstimmig als Anlage zur Niederschrift genommen.

Im Übrigen bestehen keine weiteren Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 23.07.2019. Die Niederschrift wird bestätigt.

### 1.3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit (§ 38 BbgKVerf)

Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wird festgestellt. Es sind sechs stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

### 1.4 Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Seitens der Verwaltung wird TOP 6. sowie TOP 10. zurückgezogen. Beide Beschlussvorlagen werden nach abschließender Prüfung erneut eingebracht werden. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Der Vorsitzende lässt sodann über die geänderte Tagesordnung wie folgt abstimmen:

### Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	0

einstimmig beschlossen

### 2 Bericht des Vorsitzenden im öffentlichen Teil der Sitzung

Es liegt kein Bericht des Vorsitzenden vor.

### 3 Anfragen an den Bürgermeister im öffentlichen Teil der Sitzung gem. § 5 GeschO

Es werden keine Anfragen gestellt.

### 4 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger fordert das Gremium auf, eine verschärfte Baumschutzsatzung zu schaffen, da die Nachpflanzungen in keinem Verhältnis zu den stattfindenden Rodungen stehen.

Herr Kreuels nimmt Bezug auf die erfolgte Rodung am Ernst-Thälmann-Platz in Elstal und führt aus, dass, sobald es sich um Wald handelt, die Forstbehörde zuständig sei und nicht mehr die Gemeinde. In diesen Fällen würde die geltende Baumschutzsatzung der Gemeinde nicht mehr greifen. Weiterhin weist er darauf hin, dass derzeit Ausgleichsflächen seitens der Verwaltung erworben wurden/werden, um dort Ausgleichspflanzungen vorzunehmen.

Herr Kroischke nimmt Bezug auf das "Wäldchen" in Hoppenrade und informiert darüber, dass dort aufgrund von Sturmschäden und der daraus resultierenden Gefahr eine Ro-

dung vorgenommen werden musste. Ferner weist er darauf hin, dass Jungwuchs den Bestand wieder schließt oder aber eine Aufforstung vorgenommen wird. Außerdem seien bereits weitere Standorte für Pflanzungen vorgesehen. Pflanzungen können jedoch erst im Herbst umgesetzt werden, da dies in den Sommermonaten nicht möglich ist.

### 5 Kommunale Klimapolitik

Der Vorsitzende berichtet, dass er versucht habe, für die heutige Sitzung eine Referentin vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung einzuladen. Dies sei allerdings zu kurzfristig gewesen, so dass dies ggf. im nächsten Sitzungslauf stattfinden wird, um gemeinsam das Klimaschutzkonzept anzugehen.

Sodann berichtet Herr Kroischke zum aktuellen Sachstand des Klimaschutzkonzeptes. Die nachfolgend benannten Punkte wurden bislang umgesetzt:

- Ökostrombezug (leider immer noch nur als eine von 7 Kommunen, obwohl bei den Stromauktionen kaum noch Kostenunterschiede zu konventionellem Strom feststellbar sind)
- 2. LED-Umstellung Straßenbeleuchtung (mehrere Hundert Leuchten, insbesondere die alten HQL-Leuchten) / Stromeinsparung deutlich merkbar
- LED-Umstellung in Teilbereichen des Rathauses und in der kompletten Grundschule
- Nahwärmenetz Grundschule (versorgt Altbau GS, Neubau GS und Rathaus) inkl.
   Neubau der Heizung und inkl. Einbindung BHKW und Solarwärme für Warmwasser
- Vertrag mit einem spezialisierten Ingenieurbüro seit 2017 energetische Optimierung der 5 größten kommunalen Objekte inkl. Umsetzung entsprechender Maßnahmen, vor allem im geringinvestiven Bereich
- 6. Heizungserneuerung in der Kita Spatzennest
- 7. Sanierung Gebäude Turnhalle (komplette Erneuerung Lüftungsanlage Sanitärbereich / in den nächsten Jahren auch Sanierung oder Austausch der Heizlüftungsanlage für die Halle selbst)
- BBS Wustermark / 2018/19 energetische Sanierung der Kellerräume / 2020 neue Heizung auf Gasbasis
- Elektromobilität / Vorreiterrolle im Landkreis HVL / Mitarbeit bei Konzepterstellung Ladeinfrastruktur beim Landkreis / bisher in der Gemeinde 9 öffentliche Normalladepunkte, 1 öffentlicher Schnellladepunkt und 2 Ladepunkte ausschließlich für Nutzung durch die 3 kommunalen Elektrofahrzeuge (demnächst durch Umbau vor dem Rathaus insgesamt 3 kommunale Ladepunkte)
- 10. Radverkehrskonzept als 3. Baustein im Verkehrskonzept wird erarbeitet
- 11. Wärmeversorgung OlyDo 1. BA durch Nahwärmenetz auf Gasbasis, das für die nächsten Bauabschnitte modular erweiterbar ist / umfangreiche Bemühungen der Gemeindeverwaltung, um dieses Nahwärmenetz auf Basis von Holzhackschnitzeln aus der Döberitzer Heide zu realisieren, waren nicht erfolgreich
- Erarbeitung Kompensationsflächenpool gehört im weitesten Sinne auch zum Klimaschutz, da das die Grundlage ist, um die Maßnahmen möglichst vollumfänglich im Gemeindegebiet zu halten

Herr Mende fragt an, ob auch weitere Fahrzeuge der Gemeinde, z. B. Bauhof, auf Elektro umgestellt werden können.

Herr Kroischke führt dazu aus, dass zunächst bei Neuanschaffung die Akkuleistung geprüft wird. Diese sei derzeit, z. B. für einen Schneeschieber, noch nicht ausreichend. Es ist angedacht, weitere Fahrzeuge umzustellen, doch hierbei muss zunächst der Fortschritt auf dem Markt abgewartet werden. Zunehmend werden Handgeräte umgestellt, da in diesem Bereich die Leistungsparameter bereits ausreichend sind.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Blockheizkraftwerke derzeit mit Gas betrieben werden und fragt nach einer Perspektive für einen Betrieb öffentlicher Blockheizkraftwerke mit nachwachsenden Rohstoffen.

Herr Kroischke informiert darüber, dass dies derzeit noch eine große technische Herausforderung darstellt, gerade auch vor dem Hintergrund des Schadstoffausstoßes. Das beauftragte Ingenieurbüro prüft derzeit energetische Optimierungsvarianten.

Herr Schollän ergänzt, dass man prüfen könnte, ob über Contracting zukünftig Biogas bezogen werden könnte oder später mal die Nutzung von Windgas möglich sein könnte.

Herr Werner fragt an, ob für die umgesetzten Punkte Fördermittel herangezogen wurden und wann mit der Amortisation der LED's gerechnet werden kann.

Herr Kroischke bejaht die Hinzuziehung von Fördermitteln und weist darauf hin, dass sich die Amortisation der LED's bereits im vergangenen Jahr niedergeschlagen hat.

Abschließend regt der Vorsitzende einen parteiübergreifenden Austausch zum Thema Klimaschutzkonzept bis zur nächsten Sitzung an, um sodann den weiteren Fortgang in der Sache gemeinsam zu erörtern.

Bebauungsplan Nr. E 6 "Wohngebiet Eulenspiegel-/ Scharnhorstsiedlung" 6. Änderung

hier: Beratung und Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung des Entwur-

Vorlage: B-089/2019

Herr Schollän erläutert die Rahmenbedingungen zur Beschlussvorlage. Der B-Plan Nr. E 6 erstreckt sich über den nördlichen Bereich im OT Elstal. Bei der damaligen Aufstellung des B-Plans wurde eine Grundflächenzahl festgesetzt. Das Problem dabei ist, dass es keinen prozentualen Ansatz für Grundstücksgrenzen gibt. Damit ist eine Parzellierung nicht möglich und führt später zur Unrechtmäßigkeit. Der Bauträger hat angeboten, die Planungskosten zu übernehmen und in einem gesonderten städtebaulichen Vertrag weitere Bedingungen zu vereinbaren.

Herr Schollän spricht sich für die hier vorgeschlagene Vorgehensweise aus, da dies der rationalere Weg sei im Hinblick auf ein etwaiges Klageverfahren seitens des Bauträgers. Weiterhin besteht für die Gemeindevertretung ein Mitbestimmungsrecht sowie ggf. ein Mehrwert aus Regelungen des städtebaulichen Vertrages.

Herr Kreuels stellt die Einschätzung der Rechtsprechung durch die Verwaltung in Frage, da der Bauträger von Anfang wusste, worauf er sich einlässt. Eine derartige Verdichtung war nie geplant/gewünscht. Herr Schollän nimmt Bezug auf die planungsrechtliche Situation und merkt an, dass § 34 BauGB in Kraft treten könnte. Ferner weist er darauf hin, dass die geplante Geschossigkeit bereits reduziert wurde.

Herr Streich fragt an, ob die Unzulässigkeit für den gesamten B-Plan oder nur für einen Teilbereich gilt. Weiterhin sollen laut Begründung die Ausgleichsmaßnahmen in Form von Ausgleichsabgaben erfolgen oder aber im umliegenden Bereich durchgeführt werden.

Herr Schollän teilt dazu mit, dass die Begründung hierbei zu prüfen wäre, da eine Ausgleichszahlung nicht vorgesehen ist. Ausgleichspflanzungen sind selbstredend sinnvoller. Insgesamt handelt es sich um einen Sachverhalt, bei dem verschiedene Instanzen, Vermarktung, Bauordnungsamt und die Gemeinde zur aktuellen Situation geführt haben.

Ferner berichtet Herr Schollän über die Auffassung des Landkreises, dass der B-Plan aufgrund materieller Fehler "fallen" könnte.

Herr Kreuels regt an, einen neuen B-Plan aufzustellen, um eine zunehmende Verdichtung zu vermeiden. Herr Schollän weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass hier die Gemeinde die Kosten zu tragen hat. Hinsichtlich der angedachten Veränderungssperre weist Herr Schollän darauf hin, dass zu prüfen ist, ob dies nicht als Verhinderungsplanung gewertet werden könnte, wenngleich durchaus städtebauliche Ziele identifizierbar erscheinen.

Sodann stellt Herr Kreuels folgenden Änderungsantrag: "Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, das Grundstück 207 im Bebauungsplan von der Bebauung auszunehmen. Alle möglichen rechtlichen und planerischen Mittel sind hierzu auszuschöpfen."

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag wie folgt abstimmen:

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Abschließend kommt der Vorsitzende wie folgt zur Abstimmung der geänderten Beschlussvorlage:

### Abstimmungsergebnis:

Ja:	0
Nein:	0
Enthaltung:	6

Keine Beschlussempfehlung über diese Beschlussdrucksache.

### 7 Entwicklung nördlicher Teil Heidesiedlung hier: Vorstellung und Diskussion Entwicklungsansatz

Frau Michel sowie Herr Krüger von der Stephan Höhne Gesellschaft von Architekten mbH sind zur heutigen Sitzung anwesend und stellen im Namen der VONOVIA SE das geplante Projekt anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Herr Krüger teilt auf Nachfrage mit, dass sich die Fläche des geplanten Stadtplatzes auf ca. 800 m² beläuft. Es wird seitens Herrn Kreuels angemerkt, dass dies mit der geplanten Begrünung zu klein wird und man über eine offenere Gestaltung nachdenken solle.

Herr Werner begrüßt die Planung der zusätzlichen Nahversorgung in Elstal, gerade vor dem Hintergrund des stetigen Zuwachses im Ortsteil. Er fragt an, wie derzeit der Mietansatz kalkuliert wird und ob sozialer Wohnungsbau mit in die Planung einbezogen wird.

Herr Krüger teilt mit, dass derzeit versucht wird, über die ILB eine Förderung im Sinne der sozialen Wohnraumförderung zu bekommen. Weiterhin werden auch Wohnungen für Tagesmütter dort eingeplant. Herr Schollän informiert, dass eine Finanzierung durch die ILB in Aussicht gestellt wurde, diese aber noch von diversen Faktoren abhängig sei. Ferner könnte es einen Pool für WBS geben, aus diesem dann getauscht bzw. im entsprechenden Fall zugewiesen werden kann. Dies könnte mögliche Fehlbelegungen geförderter Wohnungen verringern.

Der Vorsitzende fragt an, welche Möglichkeiten im Bereich des energieeffizienten Bauens bestehen. Herr Krüger verweist in diesem Zusammenhang auf die Mindestanforderungen der ENEF, wonach der Bauträger am effizienten Bau interessiert ist. Weiterhin muss noch ein Verkehrsgutachten erstellt werden.

Herr Krüger stellt noch einmal klar, dass er zunächst die heutige Sitzung und deren

Intention zum Bauvorhaben abwarten wollte, bevor alle weiteren Hinweise geprüft und geplant werden.

Herr Kunze spricht sich ebenfalls für einen größeren Ortsplatz aus und merkt an, mehr Verbindungswege zwischen den einzelnen Gewerbetreibenden zu schaffen, damit niemand benachteiligt wird. Ferner wünscht er sich die konzeptionelle Vorstellung zu gegebener Zeit auch im Ausschuss für Bauen und Wirtschaft.

Frau Bommer fragt nach dem prozentualen Anteil von sozialem Wohnungsbau. Herr Schollän teilt dazu mit, dass eine genaue Anzahl derzeit noch nicht bekannt sei, aber in der Regel gilt ein 3-Teilungsmodell. 2/3 erfordern einen WBS, 1/3 kann frei vermietet werden. Bei dem WBS gibt es eine zweifache Abstufung der Einkommensgrenzen.

Herr Schollän bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit sowie die seitens der Mitglieder eingebrachten Anregungen. Er weist darauf hin, dass nunmehr der B-Plan noch einmal angepasst werden müsste, um das Vorhaben in einer solchen Form und Größe umsetzen können. Weiterhin muss der Verkehr noch zwingend betrachtet werden, gerade im Hinblick auf den Lieferverkehr und die ca. 200 Wohneinheiten.

Herr Schwartz verabschiedet Frau Michel und Herrn Krüger um 20.45 Uhr.

### Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Gemeindevertretersitzung am 12.03.2019 hier: Entsorgung von Grünschnitt Vorlage: A-012/2019

Herr Streich stellt noch einmal klar, dass hier lediglich geprüft werden soll, inwieweit diese Thematik umgesetzt werden kann.

Nach eingehender Beratung der Mitglieder bleibt festzuhalten, dass dieses Vorhaben schwer umsetzbar ist. Herr Kroischke verweist in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Verwaltung, welche der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt ist.

Frau Bommer weist darauf hin, dass zumeist der Mieter eines Gartens vertraglich zur Entsorgung des Grünschnitts verpflichtet ist. In diesem Fall könne der einzelne Mieter jederzeit den Vermieter ansprechen, wie und in welcher Form die Entsorgung von ihm vorgenommen werden kann. Frau Bommer regt an, eventuell noch einmal ein allgemeines Hinweisschreiben für die Bürger der Gemeinde zu erarbeiten, welche die Möglichkeiten der Entsorgung von Grünschnitt darstellen und diese in den Schaukästen auszuhängen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja:	2	
Nein:	3	
Enthaltung:	1	

mehrheitlich nicht empfohlen

### 9 Antrag der Fraktion DIE L INKE. zur Gemeindevertretersitzung am 08.10.2019 hier: Änderung der Baumschutzsatzung der Gemeinde Wustermark Vorlage: A-042/2019

Die Mitglieder äußern ihre Bedenken hinsichtlich der hier vorliegenden Änderung der Baumschutzsatzung. Diese sollte noch einmal in Rücksprache mit der Verwaltung dahingehend überarbeitet werden, dass diese auch umsetzbar und rechtssicher ist.

Herr Kroischke weist auf die rechtlichen Folgen dieser Fassung der Satzung sowie die fehlende Bürgerbeteiligung hin. Weiterhin ist diese auch den Ortsbeiräten zur Beratung vorzulegen.

Herr Scholz äußert ebenfalls seinen Unmut darüber, dass seitens der Fraktion DIE LINKE. vor Antragstellung kein Gespräch mit der Verwaltung zur gemeinsamen Erörterung gesucht wurde.

Nach weitergehender Beratung zieht Herr Streich im Namen der Fraktion DIE LINKE. den Antrag zurück.

10 Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Gemeindevertretersitzung am 08.10.2019 hier: Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept (INGEK) - Ausgestaltung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Vorlage: A-043/2019

Herr Streich erläutert den Mitgliedern den Sachverhalt. Herr Schollän kündigt an, dass die Verwaltung hier unterstützend tätig sein wird. Es wurde bereits die Firma complan Kommunalberatung GmbH mit der Thematik beauftragt. Die weitere Vorgehensweise wird in der nächsten Sitzungsrunde vorgestellt.

Herr Mende regt in diesem Zusammenhang noch einmal an, zukünftig vor Antragstellung das Gespräch mit der Verwaltung zur Abstimmung zu suchen. Oftmals kommt es zu einer Dopplung aufgrund der fehlenden Kommunikation.

Im Hinblick auf das Vorstehende zieht Herr Streich im Namen der Fraktion DIE LINKE. den Antrag zurück.

11 Bebauungsplan Nr. E 26 "An der Schule" Teil B Hier: Beratung und Beschlussfassung über den Vorentwurf Vorlage: B-126/2019

Herr Schollän führt aus, dass es sich hierbei zunächst um ein Grobkonzept handelt. Hier liegt ein weit gefasster B-Plan mit geringer Regelungsstufe vor, da die Gemeinde selbst Bauherr ist und daher selbst noch Regulierungsmöglichkeiten im Weiteren hat.

Sodann erhält Herr Pfrogner (Planer) Rederecht. Dieser führt aus, dass es sicher hier lediglich um den Vorentwurf zum Planverfahren "Schulkomplex" handelt. Die Planinhalte sind noch nicht abschließend festgelegt.

Es bestehen keine weiteren Einwände seitens der Mitglieder, so dass der Vorsitzende Herrn Pfrogner um 22.00 Uhr verabschiedet.

Vor dem Hintergrund der vorangeschrittenen Uhrzeit lässt der Vorsitzende über eine Verlängerung der Sitzung wie folgt abstimmen:

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Über die Beschlussvorlage kommt der Vorsitzende wie folgt zur Abstimmung:

### Abstimmungsergebnis:

Ja:	6	
Nein:	0	
Enthaltung:	0	

einstimmig empfohlen

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22.01 Uhr.

### Anlagenverzeichnis:

- 1. Anwesenheitsliste (2 Seiten)
- 2. Öffentliche Tagesordnung (1 Seite)
- 3. Nicht öffentliche Tagesordnung (1 Seite)
- 4. Präsentation VONOVIA (24 Seiten)
- 5. gemeindliche Stellungnahme zur Entsorgung von Grünschnitt (3 Seiten)

Ende der Sitzung: 22.11 Uhr

Die Niederschrift besteht aus 9 Seiten und 5 Anlagen (31 Seiten).

Die Niederschrift wurde am 05.11.2019 ausgefertigt.

Wustermark, den 16.01.2020

Ween Tolward

**Alexis Schwartz** 

Vorsitzender

Kenntnis genommen:

Holger Schreiber Bürgermeister

### Anlage 1 zur

### NIEDERSCHRIFT über die <u>Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Umwelt der Gemeinde Wustermark am 17.09.2019 – 2./VII</u>

### <u>Anwesenheitsliste</u>

(entschuldigt -E- / unentschuldigt -U-)

	E/U	<u>Unterschrift</u>
Bürgermeister		
Herr Holger Schreiber		E
Vorsitzender des Ausschusses für Gemeir Herr Alexis Schwartz	ndeentwicklur	ng und Umwelt  (Alean Schwart)
Stellvertretender Vorsitz		6 1.60
Herr Steven Werner		7 - 100 C
Mitglieder des Ausschusses für Gemeinde	entwicklung ı	and Umwelt
Frau Ulrike Bommer		a John W
Herr Oliver Kreuels		US blely
Herr Roland Mende		alos dela
Herr Andreas Stoll		E
Herr Fabian Streich		VSL
Sachkundige Einwohner		
Herr Dr. Harald Ackermann		E
Frau Dagmar Dominiak		
Frau Christina Hanschke		EM
Herr Johannes Kuhn		1 Jalin
Frau Maria Zunke		
Herr Steffan Zentsch		1511

Schriftführer	
Frau Stefanie Becker	Toda
von der Gemeindeverwaltung	1 to
Herr Jens Kroischke	1 - how I
Herr Uwe Schollän	11/1/2/16/-
Tierr owe container	1/1/1 /2/12
Herr Wolfgang Scholz	V W. 3 (201)

### Anlage 2 zur

NIEDERSCHRIFT über die Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Umwelt der Gemeinde Wustermark 2./VII

### Tagesordnung - Öffentlicher Teil - entsprechend TOP 1.4

- 1.1. Begrüßung und Eröffnung
- **1.2.** Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
- **1.3.** Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit (§ 38 BbgKVerf)
- 1.4. Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2. Bericht des Vorsitzenden im öffentlichen Teil der Sitzung
- 3. Anfragen an den Bürgermeister im öffentlichen Teil der Sitzung gem. § 5 GeschO
- 4. Einwohnerfragestunde
- 5. Kommunale Klimapolitik
- 6. Bebauungsplan Nr. E 6 "Wohngebiet Eulenspiegel-/ Scharnhorstsiedlung" 6. Änderung hier: Beratung und Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung des Entwurfes
- Entwicklung n\u00f6rdlicher Teil Heidesiedlung hier: Vorstellung und Diskussion Entwicklungsansatz
- 8. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Gemeindevertretersitzung am 12.03.2019 hier: Entsorgung von Grünschnitt
- 9. Antrag der Fraktion DIE L INKE. zur Gemeindevertretersitzung am 08.10.2019 hier: Änderung der Baumschutzsatzung der Gemeinde Wustermark
- 10. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Gemeindevertretersitzung am 08.10.2019 hier: Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept (INGEK) Ausgestaltung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- 11. Bebauungsplan Nr. E 26 "An der Schule" Teil B Hier: Beratung und Beschlussfassung über den Vorentwurf
  B-126/2019



## DESIEDLUNG W I ELSTAL - WUSTERMARK EWERBEBEBAUUNG WOHN- UND



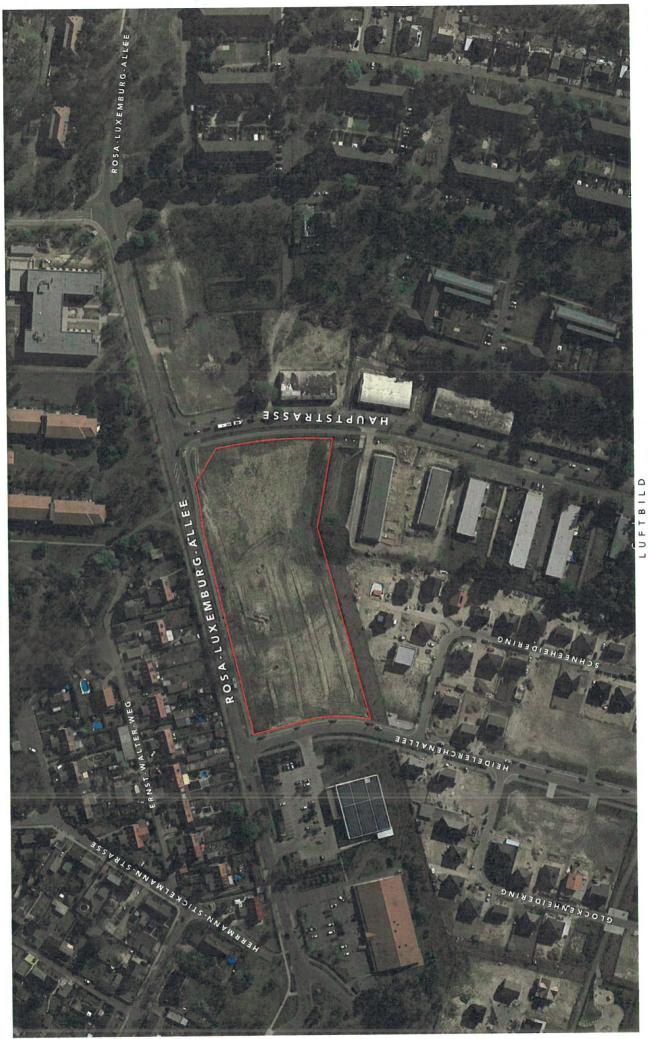
## STAND 17.09.201

### B H Σ ARCHITEKTEN GESELLSCHAFT ш Z I :0 I STEPHAN

CAROLINE-VON-HUMBOLDT-WEG 38 10117 BERLIN
TELEFON 030-88723920 FAX 030-88723901
W W W .STEPHAN-HOEHNE-ARCHITEKTEN.DE
MAIL®STEPHAN-HOEHNE-ARCHITEKTEN.DE

Der Mall der Plane ist all Garere und in seinen Telen in konsptioneller, frakt onder, kompubrier und gostaltericher Hinzbri gestiges Egenham von Stephan Höhre selbschaft von Architekten micht und unheberrechdich geschietzt. Nur zur internen Verwendung Weitergabte an Dinte, Verweißbligungen, Verkinsteringen und Veriffentigen nur mit 2 zustrammen des Vurkinsen. 18

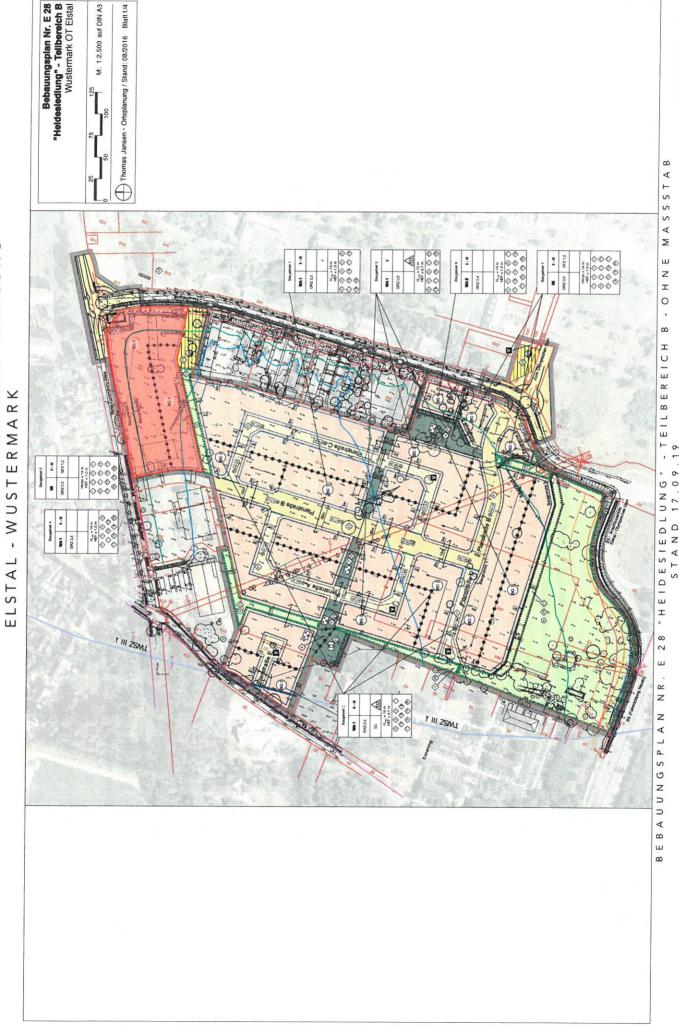
# HEIDESIEDLUNG GEWERBEBEBAUUNG HE ELSTAL - WUSTERMARK WOHN-UND



### VONOVIA

STEPHAN HÖHNE GESELLSCHAFT VON ARCHITEKTEN MBH

CAROLINE-VON-HUMBOLDT-WEG 38 10117 BERLIN



SIEDLUNG

HEIL

U

GEWERBEBEBAUUN

*Z* 

OHN

>

# WOHN- UND GEWERBEBEBAUUNG HEIDESIEDLUNG ELSTAL - WUSTERMARK

# STÄDTEBAULICHES KONZEPT

ablesbare Einzelhäuser als zusammenhängendes städtebauliches Ensemble, und eine unterirdische unterschiedliche Gewerbeflächen für verschiedene Nutzungen der Nah- und Quartiersversorgung liefgarage, die den Einwohner des Quartiers vorbehalten ist. In Teilen des Erdgeschosses sind Das neue grüne Stadtquartier vereint ruhiges Wohnen und Gewerbe. Hier entstehen zehn klar vorgesehen.

Generationswohnen mit ein bis vier Zimmern, mit einer Orientierung größtenteils zu den ruhigen Grünen n drei Obergeschossen entstehen Wohnungen für Singles, Paare und Familien sowie Senioren als Da die Hauptstraße und die Rosa-Luxemburg-Allee mit dem neuen Kreisel verkehrstechnisch nnenhöfen.

ausgebaut werden sollen ist eine geschlossene Bebauung vorgesehen, sodass störende Schallimmissionen nicht in das ruhige Wohnquartier gelangen.

der zu unterschiedlichen Aktivitäten wie Wochenmärkten, Veranstaltungen, Einkaufen, Gastronomie und Das geplante Quartier ist öffentlich zugänglich und soll durch ein Torhaus vom Stadtplatz aus mit dem An der mit Alleebäumen gesäumten Rosa-Luxemburg-Allee entsteht ein neuer lebendiger Stadtplatz, zum Verweilen einlädt. Ein großer Nahversorger mit Vollsortiment soll die Ansprüche der Wohn- und Gewerbebebauung der Heidesiedlung Elstal-Wustermark vervollständigen. südlich gelegenen Wohnquartier verbunden werden. Die beiden ruhigen Gartenhöfe des Quartiers laden zum entdecken, spielen, verweilen und gärtnern ein. Alle Dachflächen der Bebauung erhalten zur Verbesserung des Stadtklimas eine Dachbegrünung und Photovoltaikanlagen.

Ein innovatives Mobilitätskonzept bietet Elektro-Mobilität, Car-Sharing, intelligentes Fahrradparken mit einer Vielzahl von Fahrradstellplätzen, Bike-Sharing und Lastenrad-Stationen an.

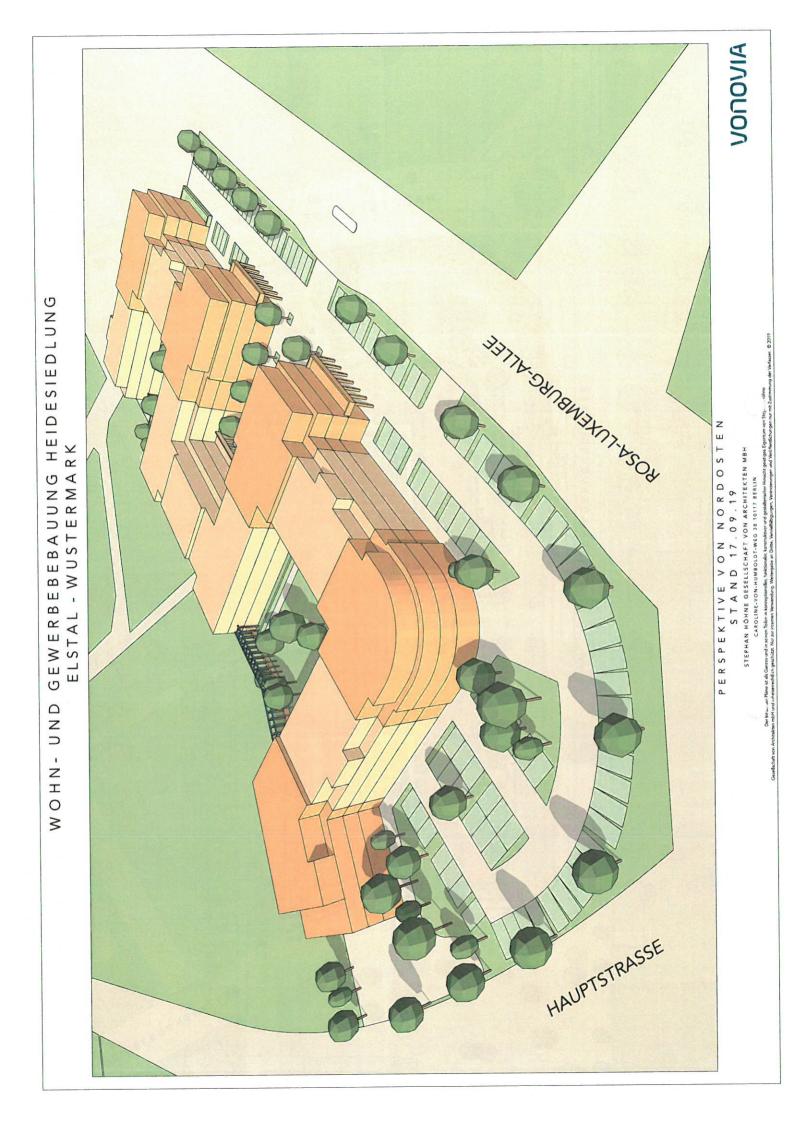
Die Zufahrt zu der privaten Tiefgarage liegt an der Heidelerchenallee. Alle Zugänge werden bei ım Erdgeschoss befinden sich die Zugänge zu den Gewerbeeinheiten und den Foyers der Wohngebäude für die rund 220 Mietwohnungen. barrierefrei erschlossen.

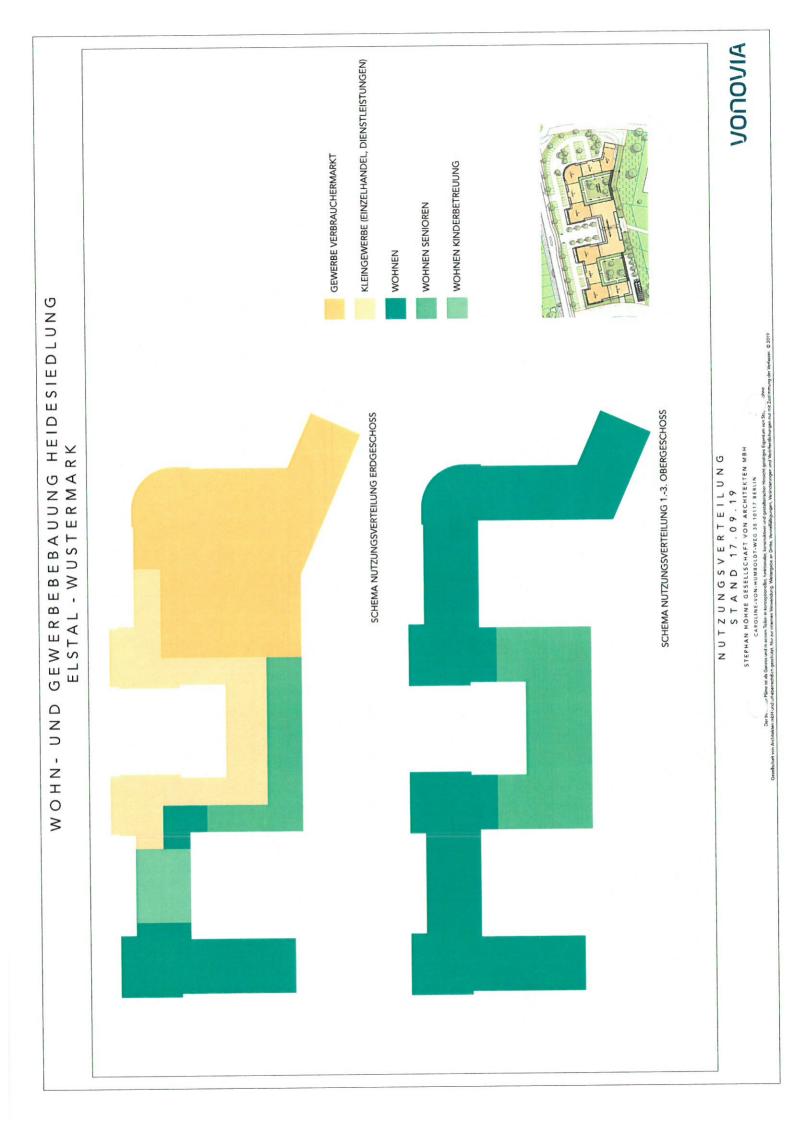


## GEWERBEKONZEPT

- Insgesamt über 3.700 m² Nutzfläche im Erdgeschoss im Bereich der Rosa-Luxemburg-Allee und Hauptstraße
- Großflächiger Verbrauchermarkt mit Vollsortiment an der Rosa-Luxemburg-Allee, Ecke Hauptstraße
- Kleinteiliger Einzelhandel und Dienstleister entlang der Rosa-Luxemburg-Allee und am Stadtplatz, zum Beispiel Bekleidungsgeschäfte, Apotheke, Telekommunikation, Elektronik und Optiker. Zudem ist ein gastronomisches Angebot wie Restaurant, Bäcker und Café vorgesehen.
- Ebenerdige PKW-Stellplätze für Kunden entlang der Rosa-Luxemburg-Allee und dem neuen Kreisel beziehungsweise der Hauptstraße







SIEDLUNG

HEIL

GEWERBEBEBAUUNG HE ELSTAL - WUSTERMARK

*Z* ⊃

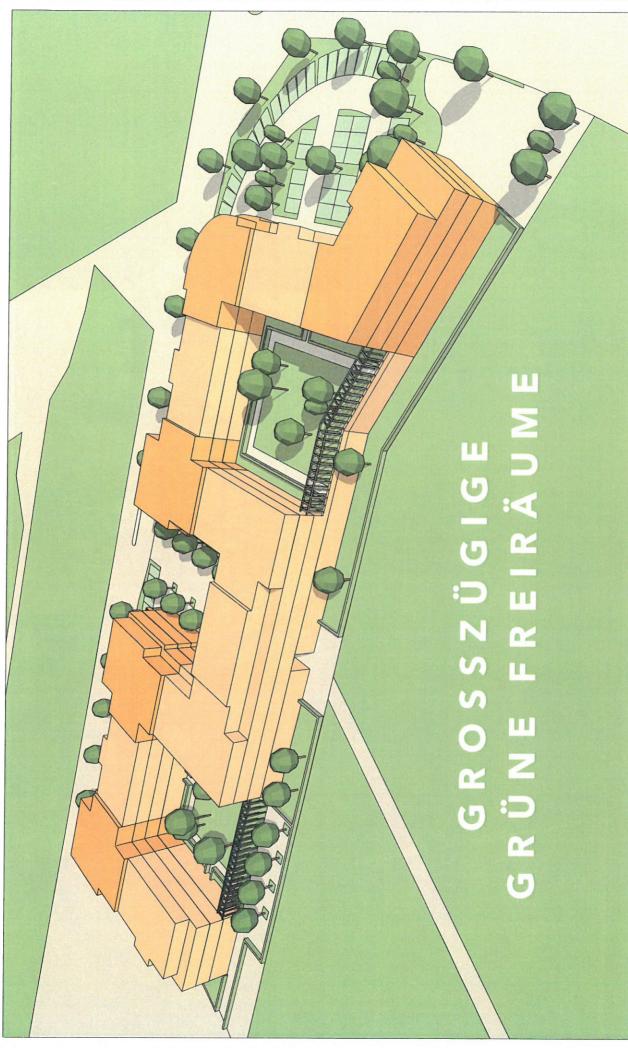
WOHN-

LEBENDIGER STADTPLATZ STAND 17.09.19

STEPHAN HOHNE GESELLSCHAFT VON ARCHITEKTEN MBH CAROLINE-VON-HUMBOLDT-WEG 38 1911? BERLIN

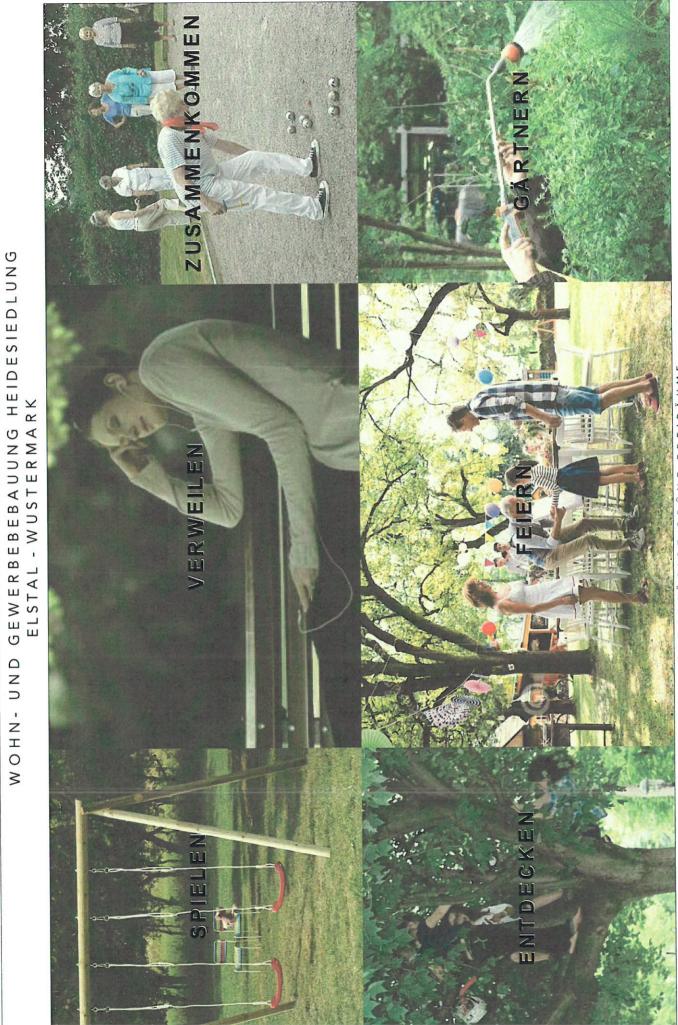






GROSSZÜGIGE GRÜNE FREIRÄUME STAND 17.09.19

STEPHAN HÖHNE GESELLSCHAFT VON ARCHITEKTEN MBH CAROLINE-VON-HUMBOLDT-WEG 38 10117 BERLIN



WOHN- UND

SIEDLUNG

HEIL

2

WOHN-

VONOVIA

GRÜNE DÄCHER STAND 17.09.19

STEPHAN HOHNE GESELLSCHAFT VON ARCHITEKTEN MBH CAROLINE-VON-HUMBOLDT-WEG 38 10117 BERLIN



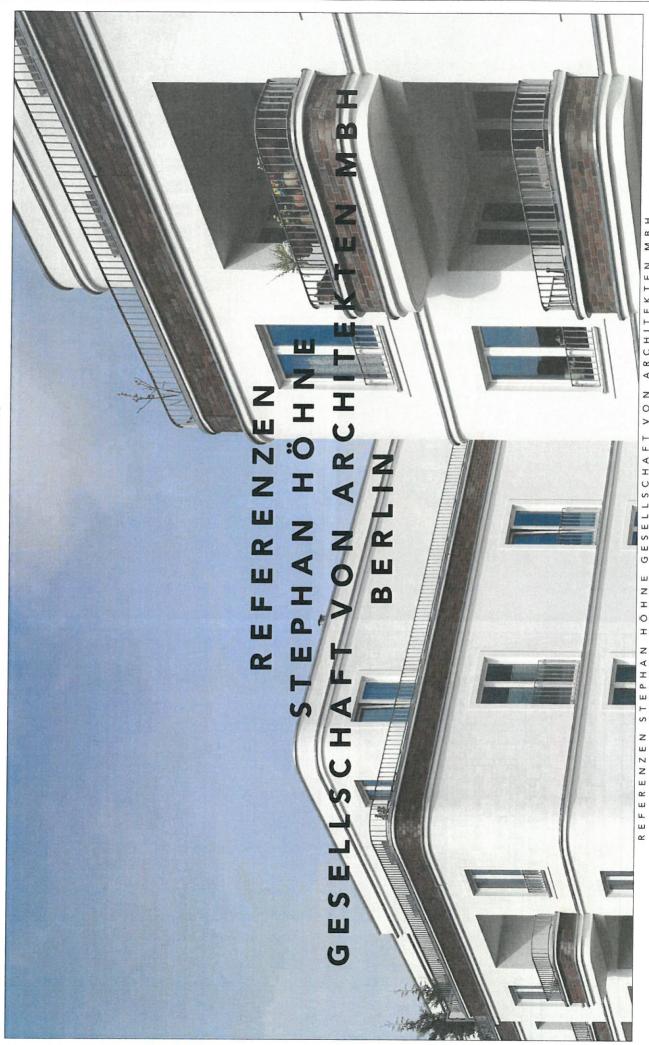
GEWERBEBEBAUUNG HEIDESIEDLUNG

WOHN- UND

STAND 17.09.19

STEPHAN HÖHNE GESELLSCHAFT VON ARCHITEKTEN MBH

SIEDLUNG HEIL GEWERBEBEBAUUNG HE ELSTAL - WUSTERMARK MOHN- CZ



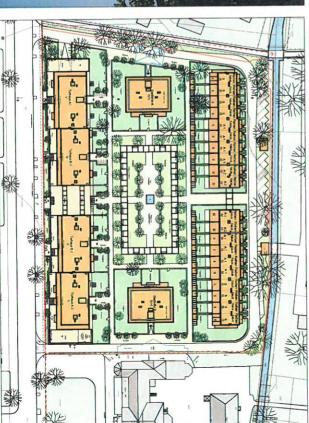
VONOVIA

SCHAFT VON ARCHITEKTEN MBH

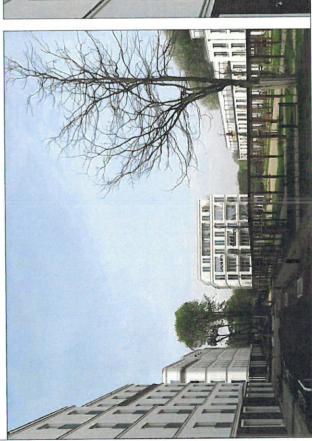
STEPHAN HÖHNE GESELLSCHAFT VON ARCHITEKTEN MBH

## VONOVIA

### HEIDESIEDLUNG ERMARK GEWERBEBEBAUUNG ELSTAL - WUST WOHN-UND









WOHNQUARTIER GALENUSPARK, BERLIN REFERENZ STEPHAN HÖHNE ARCHIT

## SIEDLUNG HEIL *Z* ⊃ WOHN















# WOHN- UND GEWERBEBEBAUUNG HEIDESIEDLUNG ELSTAL - WUSTERMARK





WOHNQUARTIER REVALER SPITZE, BERLIN STAND 17.09.19 ARCHITEKT HÖHNE REFERENZ STEPHAN

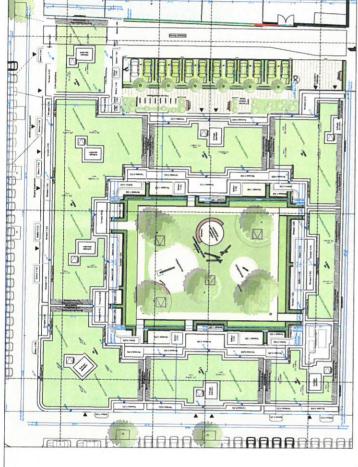
SIANU II. 07. 17 STEPHAN HOHNE GESELLSCHAFT VON ARCHITEKTEN MBH

CAROLINE-VON-HUMBOLDT-WEG 38 10117 BERLIN

CAROLINE-VON-HUMBOLDT-WEG 38 10117 BERLIN

Plane ist als Gazos und in sonnen Teilen in kaovoptionneller, funktionaler, konstruktiverer und gestalterlischer Hinsicht gentügen Engentum

# WOHN- UN GEWERBEBEBAUUNG HEIL SIEDLUNG ELSTAL - WUSTERMARK







GESCHÄFTSQUARTIER WINSSTRASSE, REFERENZ STEPHAN HÖHNE ARCHITEKTEN:

STEPHAN HOHNE GESELLSCHAFT VON ARCHITEKTEN MBH

CAROLINE-VON-HUMBOLDT-WEG 38 10117 BERLIN

VOLIOVIA

### HEIDESIEDLUNG ERMARK GEWERBEBEBAUUNG - WUST ELSTAL WOHN-UND







WOHNQUARTIER CITÉ FOCH, BERLIN HÖHNE ARCHIT REFERENZ STEPHAN



Gemeinde Wustermark
Fachbereich Bauen und Wohnumfeld

Wustermark, den 25.04.2019

Gemeindliche Stellungnahme

Zu TOP 8.

Antrag der Fraktion DIE LINKE, zur Gemeindevertretersitzung am 14.05.2019

Hier: Entsorgung von Grünschnitt

Antrag A-012/2019

### Zu Absatz 2 der Beschlussbegründung - Aufstellung von Müllcontainern:

Gerade in der Gemeinde Wustermark gibt es – sehr zentral gelegen und gut erreichbar für alle Einwohner – eine Möglichkeit Rasen- und Heckengrünschnitt gegen ein relativ geringes Entgelt abzugeben. Darüber hinaus ist nicht die Gemeinde Wustermark für diese kompostierbaren Abfälle in den Wohngebieten verantwortlich, sondern der Mieter und der Vermieter. Wenn tatsächlich erforderlich und vor Ort gewünscht, muss eine Containerstellung durch diese Akteure auf den privaten Grundstücken der jeweiligen Wohngebiete organisiert werden. Sollte sich die Gemeinde in der geforderten Form engagieren, würde sie gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen und Kosten und Personal für eine private Angelegenheit aufwenden. Darüber hinaus würden die Container ohne Betreuung und auf nicht abgeschlossenen Grundstücken in kürzester Zeit mit allem möglichen Müll voll sein. Diese Erfahrung resultiert aus vielen Jahren Unterstützung Herbst- und Frühjahrsputz; wenn die hierfür angefahrenen Container auch nur eine Nacht stehen bleiben, sind sie am nächsten Tag mit Müll voll (alte Reifen, Sperrmüll, Hausmüll, Essenreste usw.).

Zur Erinnerung: Vor ein paar Jahren hatte die Gemeinde Wustermark schon einmal versucht, in dieser Richtung etwas zu unternehmen und hatte auf einem kommunalen abschließbaren Grundstück in zentraler Lage entsprechend einer Vereinbarung mit der HAW zusätzliche betreute Container mit weitreichenden Öffnungszeiten angeboten. Die Resonanz war äußerst gering, obwohl mit Pressemitteilung, Aushängen und Handzetteln vorher bekannt gemacht wurde.

### Zu Absatz 3 der Beschlussbegründung - angebliche Grünschnittabholung bei Eigentumswohnungen / Einfamilienhäusern durch den Bauhof:

Diese Aussage ist falsch, zeigt aber, dass selbst bei Gemeindevertretern falsche Vorstellungen existieren, was u.a. die steigende Zahl von Säcken, die der Bauhof jedes Jahr abholen muss, ein Stück weit erklären könnte. Richtig ist, dass die Gemeinde die Bürger bei der Entsorgung von Laub unterstützt, die Straßenbäume vor ihrem Grundstück zu stehen haben. Dazu werden an diese Bürger (und nach Prüfung im Luftbild nur an diese Bürger) kostenfrei Säcke ausgegeben (seit 2 Jahren kompostierbare Papiersäcke), die der Bauhof dann abfährt und kostenpflichtig entsorgt. Dabei spielt die Wohnform keine Rolle. Um den auch hier auftretenden Missbrauch für private Abfälle einzudämmen, sind die Säcke abgestempelt und müssen vom Bürger mit seinem Namen versehen werden. Es können jedoch nur Stichprobenkontrollen vorgenommen werden, ob sich in den Säcken noch weitere Abfälle außer Laub befinden, so dass sicherlich von einer "Dunkelziffer" ausgegangen werden muss.

### Zu Absatz 4 der Beschlussbegründung - Ökosystem aus dem Gleichgewicht / angebliche Grundwassergefährdung:

Diese Aussagen sind stark übertrieben und teilweise falsch. Die Verwaltung schätzt ein, dass der größte Teil der Bürger seine kompostierbaren Abfälle ordnungsgemäß entsorgt. Die Mengen, die tatsächlich illegal "in die Gegend" geworfen werden, führen jedenfalls nicht zu den befürchteten Auswirkungen, sondern sind eher ein optisches Ärgernis. Sicherlich verschiebt sich das jeweilige, örtlich sehr begrenzte System in Richtung eines mehr nitratbeeinflussten Standortes mit entsprechendem Wechsel im Bewuchs. Dieser Prozess läuft aber aufgrund der Zersetzung des

Materials sehr langsam ab, so dass auch die Nitratfreisetzung langsam erfolgt. Und bei einem normalen unversiegelten Standort mit belebter Oberbodenzone reichen die Pufferkapazitäten des Bodens aus, um diesen Einfluss zu kompensieren und eine Gefährdung des Grundwassers, das gerade im OT Elstal auch noch einen großen Flurabstand und diverse Deckschichten aufweist, auszuschließen.

### Zu Absatz 4 der Beschlussbegründung - angeblicher Biotopverlust

Auch wenn sich auf dem Standort bei längerer Beeinflussung die Art des Bewuchses ggf. ändert, bleibt der Standort ein Biotop und geht nicht verloren. Er bietet dann ggf. aber anderen Arten einen Lebensraum (z.B. Winterquartier für Igel). Wertvolle, geschützte Pflanzenbestände finden sich an den betroffenen, meist sowieso schon stark anthropogen beeinflussten Standorten regelmäßig nicht.

### Fazit:

Aus Sicht der Verwaltung sollte der Antrag zurückgezogen werden. Die illegalen Ablagerungen von Grünschnitt sind in jedem Fall ein optisches Ärgernis, aber die befürchteten Umweltgefahren gehen davon nicht aus. Es bleibt nur der mühevolle und oft nicht erfolgreiche Weg der Anzeige und Ahndung dieser Vergehen. Jeder Gemeindevertreter und Bürger ist aufgerufen, den Außendienst durch entsprechende Hinweise und Anzeigen dabei zu unterstützen.

### Weitere Hinweise und Informationen der Verwaltung zum Thema "Unrat/illegaler Abfall":

Stärker als die illegale Ablagerung von Grünabfällen fordern oft illegale Müllablagerungen Zeit und Ressourcen der Verwaltung und des Baubetriebhofes. Folgende Beispiele dazu:

- In unregelmäßigen Abständen finden sich ganze Hänger- oder Transporterladungen von Haus-, Gewerbe- oder Sperrmüll in etwas abgelegenen, aber gut mit dem Fahrzeug erreichbaren Ecken in allen Ortsteilen. "Beliebt" sind z.B. neben der Ortsverbindungsstraße Elstal-Priort, am Funkmast kurz vor der Bahnschranke in Richtung Kartzow, diverse Stellen im GVZ, Weg zwischen GVZ und Dyrotz-Luch, Straße zwischen Wernitz und Niederhof, Weg zum Schöpfwerk Hoppenrade, Wege entlang des Kanals, usw.; jüngstes Bsp.: Elstal, in der Kurve der Bahnhofstraße. Der Bauhof unterstützt den Landkreis, der hier im Außenbereich in den meisten Fällen zuständig ist, nach Möglichkeit bei der schnellen Entfernung. Oft können die Stellen aber aufgrund der Mengen einfach nur weitergemeldet werden und die HAW kommt dann im Auftrag des Landkreises zur Entsorgung mit größeren Fahrzeugen.
- Der Hausmüll-Tourismus" in seinen vielen Formen. Das reicht von den regelmäßig aus dem Auto geworfenen Plastetüten und -säcken am Straßenrand, über das "fallen lassen" kleiner Mülltüten beim Spaziergang bis zur regelmäßigen zweckentfremdeten Nutzung der inzwischen ja zahlreichen öffentlichen Papierkörbe und Hundetoiletten. Der Baubetriebshof muss inzwischen mit 1-2 Personen wöchentlich 2-3 Tage für die komplette Müllrunde aufwenden. Eine ergänzende Anmerkung in diesem Zusammenhang: Der "Verbrauch" von Hundekotbeuteln steht nicht im Verhältnis zu den kotgefüllten Beuteln in den Abfallbehältern. Die Tüten werden schlicht in Massen geklaut.
- Das Dauerthema Vandalismus und Graffiti soll nicht weiter vertieft, muss hier aber natürlich aufgeführt werden. Abgesehen vom zeitlichen Aufwand beim Außendienst (Schadensfeststellung und -dokumentation), in der sonstigen Verwaltung (Anzeigen, ggf. Verursacherermittlung, Reparaturbeauftragungen, Neubeschaffungen) und beim Baubetriebshof (Schadensbeseitigung, Reparaturen, Demontagen / Montagen) kosten diese Schäden viele Tausend € jedes Jahr.

Man sollte das Thema aber trotz dieser immer wieder nervenden Tatsachen richtig einordnen: Die hier noch mal aufgezeigten Verhaltensweisen <u>von Wenigen</u> gibt es seit Jahren. Auch den anderen Kommunen des Landkreises geht es so, aber <u>die Verwaltung hat diesen Komplex aktuell ganz gut im Griff</u>.

Und auch wenn die Verursacher überwiegend nicht zu ermitteln sind und ein gerichtsfester Nachweis selbst bei einem konkreten Hinweis oder Verdacht sehr schwierig ist bleibt auch hier nur der mühevolle Weg der Anzeige und nach Möglichkeit Ahndung dieser Vergehen. Jeder Gemeindevertreter und Bürger ist deshalb aufgerufen, den Außendienst durch entsprechende Hinweise und Anzeigen (inkl. der Bereitschaft als Zeuge zur Verfügung zu stehen) dabei zu unterstützen. Entscheidend ist dabei oft die zeitliche Nähe, damit Beräumungen, Sicherungen usw. schnell erfolgen können. Denn wo etwas kaputt ist oder Müll liegt, ist die Hemmschwelle für weitere Vergehen in dieser Richtung kleiner.

Auch die Gemeindevertreter und Beiratsmitglieder werden gebeten solche Hinweise per Telefon oder E-Mail schnell und direkt an die Verwaltung zu senden und nicht für die nächste Sitzung "aufzusparen", denn hier kommen diese Punkte eigentlich zu spät auf den Tisch und kosten Protokollaufwand sowie wertvolle Sitzungszeit.

Die Verwaltung bittet den politischen Raum außerdem darum, bei Forderungen nach immer mehr Abfallbehältern oder Hundetoiletten usw. Augenmaß zu halten und auch den Aufwand für die regelmäßige dauerhafte Leerung und Unterhaltung dieses Mobiliars zu berücksichtigen.

